

Jahrhunderten. Dachau 1999, S. 70–83; Maximilian Lanzinner: Wilhelm Jocher. In: Michael Kaiser (Hg.): Der zweite Mann im Staat. Berlin 2003, S. 177–196.

¹⁵ Stadtarchiv Dachau, Fach 110/1; 110/2.

¹⁶ Im Folgenden stütze ich mich auf Kübler (wie Anm. 9) und auf die Transkription der Freiheiten aus dem Nachlass von Gerhard Hanke, wofür ich seiner Familie und dem Stadtarchiv Dachau danke.

¹⁷ 1391 (2x), 1395, 1399, 1403, 1409, 1412, 1427, 1431, 1435, 1436, 1439 und 1443.

¹⁸ 1391, 1409, 1412, 1427, 1431, 1435, 1436 und 1443.

¹⁹ Urkunden von 1403, 1409, 1412, 1427, 1431, 1435 und 1436.

²⁰ Rudolf Böhm: Die Vierherzogzeit in Oberbayern-München und ihre Vorgeschichte. München 1937; Theodor Straub: Bayern im Zeichen der Teilungen und Teilherzogtümer (1347–1450). In: Spindler. Handbuch der Bayerischen Geschichte. Zweiter Band. Hg. von Andreas Kraus. München 1988, S. 196–287, hier S. 232–238; Christine Rädlinger: Die große Krise – Finanzielle Probleme und Verfassungskämpfe 1365 bis 1403. In: Richard Bauer (Hg.): Geschichte der Stadt München. München 1991, S. 97–119, besonders S. 117.

²¹ Helmuth Stahlleder: Chronik der Stadt München. Herzogs- und Bürgerstadt: Die Jahre 1157–1505. München 1995, S. 188.

²² Stahlleder, S. 191.

²³ Sigmund Riezler: Geschichte Baierns. Band 3. Gotha 1889, S. 186; Stahlleder, S. 204.

²⁴ Anhang Nr. 4.

²⁵ Riezler, S. 197f.

²⁶ Sicher nachgewiesen ist ein Aufenthalt im Dezember 1439. Vgl. Stahlleder, S. 320 zum 5. Dezember.

²⁷ Stahlleder, S. 340.

²⁸ Fastenmarkt, Pfingstmarkt und Herbstmarkt. Kübler, S. 183 Nr. I.

²⁹ Ab 1427 fand der Wochenmarkt nur noch vierzehntägig statt.

³⁰ Kübler, S. 186 Nr. VII.

³¹ Kübler, S. 186 Nr. IX.

³² Kübler, S. 282–285; Wolfgang Vogelsang (Hg.): Blutenburg. Das Schloß und sein Umfeld in Geschichte und Gegenwart. Wielenbach 1992; Günter Eckardt: Herzog Signund und sein Namenspatron. In: Amperland 37 (2001) 487–503.

³³ Kübler, S. 189f.

³⁴ Kübler, S. 184 Nr. II.

³⁵ Kübler, S. 190 Nr. XVI.

³⁶ Kübler, S. 192 Nr. XX.

³⁷ So 1610 in einer Hofmarkenbeschreibung, vgl. Fried, Landgerichte, S. 140 Anm. 12.

³⁸ Das Freiheitslibell beginnt zeitlich mit einer Urkunde vom 6. September 1391 und nicht mit der Urkunde vom 27. Februar 1391. Den Fehler beging der Hofratsarchivar und Schreiber der Abschrift.

³⁹ Übersetzung: »umso besser bewahren, hüten, und auch daran bauen und verbessern«.

⁴⁰ Fastenmarkt.

⁴¹ Pfingstmarkt.

⁴² Herbstmarkt.

⁴³ Gemeint ist hier die gesamte Bürgerschaft ohne Ausnahme.

⁴⁴ Kübler 184 liest im Gegensatz zu Hanke »peugen«. Gemeint ist wohl ein gekrümmtes bzw. gebogenes Grundstück, das aufgrund des Verlaufs der Amper entstanden ist.

⁴⁵ Übersetzung: »Allmende genannt in den Peuigen, gelegen nahe der Steinmühle, unterhalb des Marktes (...) zu freiem Eigenbesitz«. Gemeint sind die »Peuigen« , später auch »Steinmühlänger« genannt.

⁴⁶ Es kann nur eine Viehweide gemeint sein.

⁴⁷ Burgfrieden = das um den Markt Dachau liegende bürgerliche Rechtsgebiet.

⁴⁸ Notlage.

⁴⁹ Übersetzung: »alle ihre Rechte, Privilegien, Urkunden, Satzungen und gute Gewohnheiten«.

⁵⁰ Gemeint ist das Landrechtsbuch Kaiser Ludwigs IV. von 1346 für Oberbayern. Diesen Sachverhalt übersahen sowohl Kübler 185 als auch Gerhard Hanke: Im Zeitalter der Landesteilungen. In: Gerhard Hanke/Wilhelm Liebhart/Norbert Göttler/Hans-Günter Richardi: Geschichte des Marktes und der Stadt Dachau. Dachau 2000, S. 40f. – Zum Landrechtsbuch vgl. Hans Schlosser/Ingo Schwab: Oberbayerisches Landrecht Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346. Köln u. a. 2000.

⁵¹ Brand.

⁵² Gemeint ist innerhalb des Marktgrabens. Wenn eine Mauer vorhanden gewesen wäre, hätte man diese auch genannt.

⁵³ Dach von Stroh, worunter Lehm gemengt ist.

⁵⁴ Gemeint ist das frühe Ratsgremium, Vorläufer des Inneren Rates.

⁵⁵ Gemeint ist die Straße von München über Dachau nach Augsburg zw. Aichach und Rain am Lech.

⁵⁶ München besaß ein 1340 von Kaiser Ludwig IV. bestätigtes Stadtrechtsbuch, das hier aber nicht gemeint sein kann, da es nicht erwähnt wird.

⁵⁷ Hauskrieg von 1402/1403.

⁵⁸ Gemeint ist der Hauskrieg 1420/1422, der für die Münchner Herzöge mit dem Sieg bei Alling über den Ingolstädter Herzog Ludwig VII. im Bart endete.

⁵⁹ Maßeinheit »Münchner Eimer« = 60 Maß.

⁶⁰ Gemeint ist die so genannte Erbhuldigung für den Landesherrn.

⁶¹ Oberbayerisches Landrecht Kaiser Ludwigs IV. von 1346.

⁶² Ausgenommen sind die Salzführer, die nicht an dieser Straße gegessen sind.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster

»Die Sparkassenanstalt des Marktes Bruck«

125 Jahre Sparkasse Fürstenfeldbruck 1883–2008

(Teil 1)

Von Prof. Dr. Klaus Wollenberg

Vor der Errichtung von Sparkassen und Kreditgenossenschaften waren es nach Wegfall der Klöster wie Fürstenfeld als Darlehengeber vor allem Viehhändler, Wirte und Makler, die 20 % und mehr Zins von der Kredit suchenden Landwirtschaft verlangten. Eine Folge war, dass zunehmend das Problem von Pfändungen und Güterzertrümmerungen landwirtschaftlicher Höfe bei Nichtzahlung von Zins und Tilgung auftrat. Als Kreditgeber traten besonders auch Kirchenstiftungen auf, wobei diese keine Einlagen entgegennahmen, sondern frei gewordene Stiftungsgelder ausreichten. Darlehen gewährten die Stiftungen nicht nach Kreditnotwendigkeit, sondern nach Umfang der zur Verfügung stehenden freien Stiftungsgelder. Üblicherweise wurden ausleihbare Beträge im Bezirksamtsblatt und der örtlichen Zeitung veröffentlicht und angeboten. Die unterbäuerlichen Schichten, ebenso Tagelöhner, hatten vor Gründung von Sparkassen kaum Möglichkeiten bankmäßig für das Alter zu sparen, noch viel weniger galten sie als kreditwürdig.

Armengesetzgebung 1816

Mit der von König Max I. Josef vorgelegten Armengesetz-

gebung vom November 1816 kam es zu einer vollständigen Kehrtwendung in der Armenpflege in Bayern. Es wurde der individuelle Beitrag jedes Einzelnen zur Daseinsvorsorge eingeführt. Zudem wurde die Armenpflege wieder in die Zuständigkeit der Gemeinden zurückgelegt, denen im Zuge der Reformen des Grafen von Montgelas diese Aufgabe 1808 entzogen worden war. Ergänzend wurde den Gemeinden empfohlen, »nach Umständen für die Bildung von Spar-Kassen für Zeiten des Alters und der Noth und für die Ausmittelung von Leihkassen zu sorgen, besonders aber dahin zu trachten, daß für Handwerksgehlen und Dienstboten ein Sicherungsverband auf Fälle der Krankheit, mittels kleiner Beiträge von ihrem Lohne unter Mitwirkung der Meister und Dienstesherrn, zu Stand komme«.¹ Der Begriff »Sparkasse« wurde hier zum ersten Mal staatlicherseits verwendet. Die Sparkassenidee hingegen war älter und kam aus dem Ausland ins Königreich. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde der Sparkassengedanke durch Publikationen der Hausväter- und Ratgeberliteratur bekanntgemacht und von Aufklärungs- und Bildungsvereinen rasch verbreitet. Kommunen, Privatpersonen und private Gesellschaften setzten die Idee seit 1821 in die Tat um. Der

bayerische Staat brachte »Sparkassengründungen« immer wieder in Erinnerung.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen wurden die in der Verordnung empfohlenen »Sparkassen« in kommunaler Bindung als Einrichtungen vorbeugender Armenpflege sowie Förderinstrument des Sparsinns für sozial Schwächere konzipiert. Die gesetzlich vorgeschriebene Konzentration auf das Gebiet eines kommunalen (Gewähr-)Trägers, verbunden mit einem am Gemeinwohl dieser Kommune und dessen Bevölkerung ausgerichteten Handeln, kennzeichnen bis heute die grundsätzliche Ausrichtung der rund 440 Sparkassen in Deutschland.²

Erste Überlegungen 1836

Eine Sparkasse wurde in Fürstenfeldbruck erst 1883 gegründet und mit einem Statut ausgestattet.³ Tatsächlich reichten Überlegungen zur Schaffung einer Sparkasse in der Marktgemeinde aber bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts zurück.

Aus der Korrespondenz des im Oktober 1823 eingerichteten königlich bayerischen Landgerichts Bruck mit der Marktgemeindeverwaltung Bruck ist zu entnehmen, dass erstmals im Jahr 1836 über die Gründung einer Sparkasse verhandelt wurde. Die Anregung war von Landgerichtsamtsvorstand Anton Fischer ausgegangen. Nachdem im August 1821 in der zu jener Zeit 152 Mitglieder zählenden Gemeinde Bruck das königliche Rentamt Bruck gebildet, zwei Jahre später das königliche Landgericht Bruck genehmigt und im Zwerchhaus (heute Rathaus) untergebracht und 1837/38 eine Schranne im Ort bewilligt wurde, stieg der Ort als Sitz königlicher Behörden innerhalb weniger Monate zum Mittelpunkt des umliegenden Bezirks auf. Es ist nicht verwunderlich, dass dieser Bedeutungszuwachs vom Leiter des Landgerichts Bruck mit der Gründung einer Gemeindesparkasse 1836 unterstrichen werden sollte, zumal König Ludwig I. 1833 mit der Äußerung zitiert wird: »Die möglichste Ausdehnung des wohlthätigen Institutes der Sparkassen, insbesondere die Einführung solcher Kassen in den kleineren Städten und Märkten bildet einen unserer lebhaftesten Wünsche.«⁴

Neuer Anlauf 1841

Fünf Jahre später, im Frühjahr 1841, unternahm das Landgericht Bruck auf Anweisung der Kammer des Innern der königlichen Regierung von Oberbayern einen erneuten Anlauf zur Errichtung einer Sparkasse für den Landgerichtsbezirk, in dem es ein entsprechendes Aufforderungsschreiben zur Sparkassengründung an die Gemeindeverwaltung Bruck richtete.⁵ Da die ersten landesweit gültigen Grundbestimmungen für die bayerischen Sparkassen erst zwei Jahre später in Kraft traten, konnte auf keine gültige Mustersatzung zurückgegriffen werden. Das Landgericht Bruck forderte aus diesem Grund als Vorbild und zum Vergleich für die Gemeindesparkasse Fürstenfeldbruck die gedruckten Statuten der in Wasserburg/Inn (1826) und Neuötting errichteten Sparkassen an und stellte diese der Gemeinde Bruck zur Verfügung. Ganz offensichtlich war die Brucker Gemeindeverwaltung mit der vorgeschlagenen Sparkassengründung überfordert. Das gemeindliche Antwortschreiben vom März 1841 an das Landgericht macht deutlich, dass man zwar das grundsätzliche Anliegen unterstützte, sich aber personell nicht in der Lage sah, das Projekt auf den Weg zu bringen.⁶ Mit der Ablehnung durch die Marktgemeinde ruhte das Sparkassenprojekt für weitere fünfzehn Jahre.

Bewegung kam erst wieder in die Angelegenheit, als die Ausschreibung der königlichen Regierung vom März 1856 zur Gründung weiterer Sparkassen im Land im Kreisamtsblatt abgedruckt, vom Landgericht Bruck bekannt gemacht und dabei der Wunsch ausgesprochen wurde, »daß auch für den Gerichtsbezirk im Markte Bruck eine solche Anstalt begründet werde«.⁷ Diesem Wunsch schloss sich Landgerichtsvorsteher Paur an, der sich auf einen in der Quartalsversammlung sämtlicher Gemeindevorsteher geäußerten Wunsch berief.

Die beiden Aufforderungen waren für Gemeindeschreiber Feldigl Anlass, im Mai 1856 dem Landgericht mitzuteilen, dass »entsprechend geehrter Aufforderung vom 17. Mai gehorsamst berichtet wird, daß die Errichtung einer Sparkassa im Markt Bruck schon in früheren Jahren von der Gemeinde Bruck angestrebt wurde und diese neuerdings laut Beschluß vom 26. Mai bereit ist, dieses Unternehmen zu realisieren. Die Begründung einer Sparkasse ist keinesfalls schwierig und bedarf das Unternehmen nur einiger Theilnahme, welche ehestens durch eine Aufforderung an Eltern, Gewerbetreibende und Dienstherrn, sowie insbesondere durch obervormundschaftliches Einwirken auf die Vormünder zu erreichen gar keine Schwierigkeit wäre. Für die Einlagen haftet das gemeindliche Gesamtvermögen, und die Gemeindeverwaltung wird gewiß nicht säumen, alle zu Gebot stehenden Mittel aufzubieten, um die Sparkasse ins gehörige Leben und nutzbringend wirken zu bringen. Bereits ist mit dem Entwürfe und Beratung der einschlägigen Statuten begonnen, deren Vorlage in nächster Zeit erfolgt ...«.⁸

Schon am 5. Juni leitete die Marktgemeinde Bruck dem Landgericht einen Entwurf der Statuten für die »... dahier zu gründende Sparkassaanstalt behufs höheren Revision und Genehmigung« zu. Das Landgericht hatte erneut als Hilfestellung die Statuten der Spar- und Hilfs-Cassa-Anstalt für den Landgerichtsbezirk Rosenheim angefordert und diese dem Brucker Statutenentwurf beigelegt, der auf der Grundlage der 1843 erlassenen Grundbestimmungen für die bayerischen Sparkassen zusammengestellt war.⁹ Als Zweck der Sparkasse wurde in Absatz I der Satzung festgehalten, dass »die Sparkasse zu dem nützlichen und wohlthätigen Zweck führen soll, daß die dürftigeren Klassen der Einwohner, der Dienstboten, der Gesellen, der Kinder und anderen jungen Leuten ihr oft wenig Ersparthes an einem sicheren Ort in Verwahr bringen, bis zum nötigen Bedarf zusammenhalten und daraus einen Nutzen ziehen«.¹⁰

Vierter Versuch seit 1860

Weder die beabsichtigte Gründung noch die Überprüfung der vorgelegten Fürstenfeldbrucker Statuten führten jedoch zum Erfolg. »Anderweitige Angelegenheiten hatten die Sparkassengründung wieder einschlafen lassen«, schrieb das königliche Landgericht ohne weitere Begründung später lapidar nieder. Mit der Folge, dass das Sparkassenprojekt weitere vier Jahre unbearbeitet liegen blieb, ehe es dem Regierungspräsidenten von Oberbayern anlässlich seines offiziellen Besuchs im Sommer des Jahres 1860 in Bruck vorbehalten war, das Thema »Sparkasse« vor Ort erneut zur Sprache zu bringen und auf den »trefflichen Entwurf der Sparkassa-Statuten in der Stadt Schrobenhausen« hinzuweisen.¹¹ Das Nachhaken des Regierungspräsidenten war für das Landgericht Bruck und dessen Vorsteher Paur einmal mehr Veranlassung, im Sommer 1860 und 1861, von den Städten bzw. Landgerichten Neumarkt (Distrikts-, Hilfs- und Sparkasse, 1861 gegründet), Rosenheim (1855) und Schrobenhausen Akten und Statuten zur Errichtung der dortigen Sparkassen anzufordern und erneut mit der Gemeindeverwaltung Bruck zu korrespondieren.

Schließlich wurde der Gemeinde Bruck seitens des Landgerichts geraten, auf der Basis des eigenen Satzungsentwurfs von 1856, die neuen Schrobenhausener Statuten einzuarbeiten, um auf diesem Weg ein neues Statut für die geplante Brucker Sparkasse zu konzipieren.¹² Paur forderte die Gemeinde wiederum zur Sparkassengründung auf und versicherte ihr gleichzeitig die Unterstützung der Pfarrvorstände, des Distriktausschusses und der Armenpflugschaftsräte und wies insbesondere auf die Hebung der sittlichen Verhältnisse durch die Erziehung der Jugend zum Sparen hin.¹³ Am 28. November 1860 erklärte sich die Marktgemeinde mit den leicht abgeänderten Statuten einverstanden.

Zu einer Sparkassengründung in Bruck kam es aber dennoch nicht. Erneut lässt sich der wahre Grund des Scheiterns aus den überlieferten Akten nicht erkennen. Möglicherweise liefert ein Schreiben des Brucker Bürgermeisters von 1882 den Hinweis. Darin teilt er mit, dass man nicht nur auf gemeindlicher, sondern auch auf landgerichtlicher Ebene (seit 1862 Bezirksamt) darüber nachdachte, eine Sparkasse in Bruck nicht auf Gemeinde- sondern auf Bezirksamts Ebene zu errichten. Das würde neben anderem erklären, warum sich die Genehmigung der lange geplanten Gemeindesparkasse Bruck immer wieder verzögerte. Nach 1860 ruhte das Projekt erneut für mehr als zwanzig Jahre.

Durchbruch seit 1881

Die Regierung von Oberbayern trat im Jahr 1880 an den Distriktsrat Bruck mit der Empfehlung zur Errichtung einer Sparkasse heran. Mit der Ministerialentschließung vom 15. Juli 1881 wurde betont, »daß das Sparkassawesen in Bayern noch nicht jene Entwicklung erreicht hat, welcher dasselbe ebenso bedürftig als fähig ist.«¹⁴ Zur Verbesserung dieser unbefriedigenden Situation und der Tatsache, dass auf eine öffentliche Sparkasse etwa 20 000 Einwohner treffen, verordnete der neue Innenminister Max Frhr. von Feilitzsch (1881–1907) in einer Direktive, die Zahl der Sparkassen im Lande zu vermehren, deren Öffnungszeiten auszudehnen und das Ausstellen der Sparbücher weniger umständlich als bisher zu regeln. Die Kreisregierungen (heute Regierungsbezirke) wurden aufgefordert, über die Umsetzung der Entschließung dem Ministerium Bericht zu erstatten. Wohl deshalb wiederholte im September 1881 und März 1882 die Regierung von Oberbayern ihr Ersuchen an den Bezirk Bruck. Trotzdem konnte sich der Distriktsrat wiederum nicht zur Gründung einer Distriktsparkasse (Kreissparkasse) Fürstenfeldbruck entschließen.¹⁵

Im September 1881 beriet der Brucker Magistrat die ministerielle Entschließung und stellte dabei u. a. fest, dass »... in Bruck noch keine Sparkasse besteht, aber in München, Augsburg und Landsberg welche mit einem sehr großen Erfolg arbeiten. [...] Bruck liegt nun in der Mitte dieser Orte und ist überall leicht hinzukommen [sic], um Sparkassengelder anlegen zu können, und wird deshalb eine zu gründende Sparkasse mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. In Anbetracht des guten Zweckes soll diese Angelegenheit nicht aus dem Auge gelassen, sondern Erhebungen gepflogener Statuten gesammelt und dann zur weiteren Beschlußfassung dem Gemeindegremium vorgelegt werden.«¹⁶

Errichtungsbeschluss 1882

Im Juni und Oktober 1882 regte Bezirksamtsleiter Würz beim Brucker Magistrat die Sparkassengründung für die Marktgemeinde erneut an, nachdem der Distriktsrat eine Sparkassengründung auf Bezirksebene abgelehnt hatte. Am

23. Oktober konnte die Gründung beschlossen werden, nachdem Magistratsrat Dirnagl dem Gremium einen Bericht erstattet hatte. Bürgermeister Johann Baptist Miller¹⁷ konnte dem Bezirksamt anschließend mitteilen, »... nachdem der Distriktsrath eine Sparkasse nicht zu gründen beabsichtigt, heute beschlossen wurde, eine Sparkasse zu gründen, und deshalb behufs Aufstellung von Statuten in nähere Verhandlungen einzutreten ... sobald die Statuten aufgestellt sind, werden sie zur Genehmigung in Vorlage gebracht werden ... es dürfte hiernach die Gründung einer Distrikts-Sparkasse gegenstandslos sein.«¹⁸ Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten beschloss am 30. Oktober 1882, da es auch die Nützlichkeit eines solchen Instituts für Fürstenfeldbruck erkannte, dem Magistrat mit den weiteren Schritten in dieser Angelegenheit zu beauftragen.

Statutenvorlagen

Wiederum bediente man sich bei der Formulierung der Brucker Statuten der Anregung von außen. Magistratsrat Dirnagl verschaffte sich die gültige Satzung (des Jahres 1875) der 1824 gegründeten Stadtparkasse München¹⁹ und leitete diese, verbunden mit dem Hinweis, »... daß diese [Münchener] Statuten bei Berathung der hiesigen zu Grunde gelegt werden und für die hiesigen Verhältnisse angepaßt ...« dem Bezirksamt zu. Das Amt seinerseits forderte im Oktober 1882 zusätzlich von den Sparkassen in Aichach (1854 gegründet), Altomünster (1882), Weilheim, Murnau, Friedberg (1865) und Dachau (1881) die jeweils aktuell gültigen Statuten an, um diese der Gemeinde Bruck zur Verfügung zu stellen und anschließend auf diese Regelungen im Genehmigungsverfahren für die Fürstenfeldbrucker Sparkasse zurückgreifen zu können.²⁰

Statuten 1883

In zwei Sitzungen am 2. April und 4. Mai 1883 wurde im Magistrat sowie dem Gemeinde-Collegium das von Dirnagl abgefasste »Statut der Sparkasse des Marktes Bruck« beraten und beschlossen.²¹ In zwanzig Paragraphen fassten die Gemeindevertreter ihre Satzungsbestimmungen für die neu gegründete Sparkasse zusammen. Als Zweck der Einrichtung wurde bestimmt, dass »die Sparkassenanstalt des Marktes Bruck Jedem [sic] bequeme Gelegenheit biete die kleinen Ersparnisse bis zum nöthigen Bedarfe in sicheren Verwahrung zu bringen, und dieselben nutzbringend anzulegen« (§ 1). Damit war klar, dass bei der neuen Sparkasse Bruck von Beginn an keine Rede mehr geführt wurde über Dienstboten und Minderjährige, wie sie als Zielgruppen der Sparkassengründungen des frühen 19. Jahrhunderts andernorts herausgestellt wurden. Stattdessen sollte die Brucker Sparkasse für jedermann zugänglich sein. Die Sicherheit der Einlagen wurde dahingehend geregelt (§ 2), dass »die Sparkasse eine Gemeindegeldanstalt ist und unter der Verwaltung des Magistrates steht. Für die eingelegten Gelder, sowie für die Verzinsung und Rückzahlung derselben haftet die Gemeinde mit ihrem Gesamtvermögen«. Die Verwaltung (§ 3) der Sparkasse übertrug man der neu zu bildenden »Sparkassa Commission«. Diese bestand aus Bürgermeister Miller als Vorstand, zwei Magistratsräten und zwei Gemeindebevollmächtigten, die jeweils auf die Dauer von drei Jahren in die Commission gewählt wurden. Die Mitglieder hatten aus ihrer Mitte je einen »Kassier und Controleur« zu bestimmen. Die weiteren drei Mitglieder bildeten unter dem Vorsitz des Vorstandes den Aufsichtsrat, welcher mindestens alle drei Monate die Bücher zu prüfen und einen Kassensturz der Sparkasse vorzunehmen hatte.

Bei der Ersteinlage eines Kunden in der Fürstenfeldbrucker

Sparkasse wurde diesem gegen Bezahlung von 20 Pfennig ein Sparbuch ausgestellt, in das mittels vier Unterschriften die Bestätigung der jeweiligen Einlage erfolgte (§ 4). Als Mindesteinlage (§ 5) wurde ein Betrag von fünf Mark, als Maximalguthaben eines Einlegers die Summe von 2000 Mark bestimmt. Die Verzinsung der Einlagen durfte seit der Änderung der Grundbestimmungen von 1874 in ihrer Höhe von den Gemeinden selbst festgelegt werden. Man begann in Fürstenfeldbruck mit einer Einlagenverzinsung (§ 6) in Höhe von jährlich 3,2 Prozent, beginnend ab fünf Mark Einlage, fällig zum 1. Januar des folgenden Jahres. Verzinst wurden nur durch fünf teilbare Beträge, dazwischen liegende Mark- und Pfennigbeträge blieben bei der Zinsberechnung unberücksichtigt.

Die Kündigung (§ 7) der Guthaben durch den Eigentümer sah Fristen zwischen einem Monat (bis 100 Mark) und sechs Monaten (über 1000 bis 2000 Mark) vor. Die Überschüsse wurden zur Bildung des Reservefonds in Höhe von mindestens 10 Prozent der Einlagen verwendet. Darüber hinaus reichende spätere Mehrerträge, ebenso wie die Zinsen aus dem Reservefonds, sollten der Gemeinde Fürstenfeldbruck zufallen (§ 15). Der Fonds war für die Abdeckung etwaiger Schäden und zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht, sodass die Fondsgelder nur kurzfristig gebunden, schnell greifbar, angelegt werden durften. In der vorgesehenen Höhe wurde der Reservefonds freilich nie gebildet, da die Kommune aufgrund akuter Finanznot Sparkassenüberschüsse in die Gemeindekasse abzweigte.

»Kundenorientierung« im heutigen Verständnis, war bei der Brucker Sparkasse zunächst unbekannt. An tägliche Öffnungszeiten war in der Anfangszeit nicht zu denken, denn »die Sparkassa-Geschäfte werden an jedem Montag und Donnerstag, beziehungsweise an den Schrantentagen Vormittags von 10 bis 12 Uhr im Rathaus vorgenommen. In der zweiten Hälfte des Monats Dezember bleibt die Sparkasse geschlossen, damit die Bücher der Kassa abgeschlossen werden können« (§ 17).²² Seit dem Jahr 1888 war die Sparkasse Bruck zusätzlich an Sonntagen von 10.30 Uhr an geöffnet.

Genehmigung

Die königliche Regierung von Oberbayern genehmigte das Sparkassenstatut am 19. Juni 1883. Damit konnte die »Sparkassa der Marktgemeinde Fürstenfeldbruck« ihren Geschäftsbetrieb im Oktober 1883 aufnehmen. Einlagen wurden jedoch erst vom 3. Januar 1884 an entgegengenommen.²³ Die Sparkassengeschäfte führte, im ersten Stock des alten Rathauses, der Marktkämmerer neben seiner gemeindlichen Tätigkeit mit.

Entwicklung 1883 bis 1902

In den ersten beiden Geschäftsjahren wurden von 254 Personen auf 367 Konten 51 401,62 Mark (M) eingelegt. Hiervon wurden 21 Einlagen im Betrag von 4211,90 M zurückge-

zahlt, sodass das Volumen der Gesamteinlagen 47 189,72 M betrug.²⁴ Im Jahr 1888 war die Zahl der Personen auf 534 mit 917 Einlagen angewachsen. Von diesen wurden 113 602,55 M eingelegt, 145 Einlagen im Betrag von 22 763,47 M zurückbezahlt, sodass ein Gesamteinlagenbestand von 90 839,08 M verblieb. An Zinsen erhielten die Einleger zum Ende des vierten Geschäftsjahres 3905,58 M auf ihren Sparkonten gutgeschrieben.²⁵

Der Überblick über die Sozialstruktur der Einleger der Sparkasse Bruck in den ersten Jahren des Bestehens sowie die Einlagenhöhe (in Mark)²⁶ lässt erkennen, dass das Geldinstitut von Beginn an keine Einrichtung für ausschließlich sozial Schwächere war. Bereits mehr als die Hälfte der Gesamteinlagen stammte nicht mehr aus dieser Bevölkerungsschicht.

Während die Entwicklung der Einlagen von Minderjährigen keine Besonderheiten aufweist, lässt sich die stetige Aufwärtsentwicklung der von Dienstboten und Tagelöhnern eingelegten Gelder erkennen. Daraus ist ableitbar, dass diese Bevölkerungsgruppen vermehrt in der Lage waren, Teile ihres Lohnes zu sparen, sodass sich das gestiegene Lohnniveau aufgrund des Dienstbotenmangels in der Landwirtschaft jener Jahre erkennbar wird. Es zeigt sich, dass die Unselbständigen bei der Kontenzahl zwar die größte Einlegergruppe bildeten, dass aber Selbständige (Landwirtschaft, Geschäftsleute) und öffentliche Stellen, wenngleich sie nur wenige Konten besaßen, sie doch fast zwei Drittel der wertmäßigen Einlagen aufbrachten. Die Einlagen bei der Fürstenfeldbrucker Sparkasse entwickelten sich so positiv, dass bereits im Dezember 1899 eine erste Änderung des ursprünglichen Statuts dessen Neufassung notwendig machte, in dem die zulässige Einlagenhöhe eines Kunden von 2000 auf 4000 Mark erhöht wurde. Trotz Änderung der zulässigen Einlagenhöhe stellte der Vertreter der Regierung von Oberbayern anlässlich der ersten Revision der Brucker Sparkasse im Jahr 1902 heraus, dass bei zwei Einlegern Einlagen in Höhe von je 5300 Mark vorgefunden wurden.²⁷

Neufassung der Statuten 1907

Weitere Bestimmungen des ersten Sparkassenstatuts stellten sich im Laufe der Zeit als wenig praktikabel heraus, sodass die komplette Neufassung des Statuts erfolgte und im Juni 1907 veröffentlicht wurde.²⁸ Unter anderem wurde die Regelung der Zeichnungsberechtigung mit vier Unterschriften im Sparbuch verändert (§ 4) sowie die Verzinsung des eingelegten und ausgereichten Kapitals (§ 6). Die Zinssätze hatte der Fürstenfeldbrucker Magistrat jährlich zu beschließen. Von der Gründung bis zum Jahr 1910 bot die Sparkasse regelmäßig Zinssätze für Spareinlagen zwischen 3 und 3,5 % an, für ausleihende Kapitalien, die nach § 13 des Statuts nur in festverzinslichen Wertpapieren (Obligationen), Darlehen an Gemeinden oder Stiftungen und Hypothekenkredite an Privatleute erfolgen durften, waren hingegen gestaffelte Kredit-

Einleger und Jahr	1884	1887	1888	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897
Minderjährige	13.242			30.046	23.599	25.200		23.577	30.227	26.440	
Dienstboten	2.225			20.853	17.686	22.596		28.187	28.859	40.819	
Gesellen und Lehrlinge	1.375			1.830	1.440	2.725		2.171	4.347	1.980	
Sonstige Personen (Tagelöhner)	4.010			14.520	14.017	23.388		21.157	29.002	59.528	
Andere Einleger	26.338			132.083						385.202	
Gesamteinlagen	47.190	61.731	90.839	199.332			289.881	358.486		513.969	543.815

zinsen zu entrichten. Privatleute hatten den höchsten Kreditzins (um 4,5 % p. a.) zu bezahlen, auswärtige Gemeinden erhielten einen etwas günstigeren Satz gewährt (um 4 %) und die Gemeinde Fürstenfeldbruck bezog als Gewährträger die besten Kreditkonditionen (um 3,5 %). Vor dem jährlichen Zinsbeschluss ließen sich Magistrat und Gemeindebevollmächtigte durch eine Umfrage bei umliegenden Sparkassen deren Konditionen berichten. Deshalb verwundert es nicht, dass die Konditionen der Sparkassen in der Region zwischen Pasing, Weilheim, Aichach und Dießen nahezu identisch waren.

Ausschüttung an die Gemeinde

Obwohl der aus den Überschüssen der Sparkasse Bruck zu bildende Reservefonds 1908 erst sechs Prozent des Sparvolumens betrug, der jährliche Reinertrag der Sparkasse in diesen Jahren machte rund 8000 Mark aus, genehmigte das Bezirksamt der Marktgemeinde dennoch den von ihr beantragten »Zuschuß an die Gemeindekasse in Höhe von 2000 Mark aus dem Reinertrag der Sparkasse aus dem Geschäftsjahr 1907«. Der Magistrat betonte in seinem Schreiben, dass er diesen Antrag auch für das Jahr 1908 und die Folgejahre zu stellen beabsichtige, damit in der Gemeinde u. a. die vorgesehene Erweiterung des Mädchenschulhauses und die Erbauung des gemeindlichen Schlachthauses finanziert werden könne.²⁹

Bargeldloser Zahlungsverkehr seit 1912

Erst seit 1912 besaß die Sparkasse die Erlaubnis zur Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, was dem Sparkassengeschäft in den Folgejahren einen gewaltigen Aufschwung verleihen sollte. Die Einführung des Scheck- und Überweisungsverkehrs erfolgte im Jahr 1921. 1922 wurden weitere Lockerungen für das Kontokorrentgeschäft beschlossen. Ab 1924 war Sparkassen die Diskontierung von Wechseln gestattet. Von August 1921 an vermittelte die Brucker Sparkasse für Sparkunden den An- und Verkauf von Aktien.³⁰

Kriegsanleihen

Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges (1914 bis 1918) konnten die bayerischen Sparkassen ihren Geschäftsbereich deutlich erweitern. Insbesondere bei der Platzierung der neun Kriegsanleihen, die mit fünf Prozent verzinst wurden, erzielten Sparkassen hohe Verkaufserlöse. Die Brucker Sparkasse zeichnete bei diesen Anleihen jeweils Tranchen von 150 000 Mark, reichsweit brachten Sparkassen etwa die Hälfte des Gesamtvolumens der Kriegsanleihen bei ihren Kunden unter.

Prüfungsbericht 1922

Weder Satzung noch Organisation der Fürstenfeldbrucker Sparkasse konnten mit der rasanten Entwicklung des Geld- und Kreditwesens zu Beginn des 20. Jahrhunderts Schritt halten. Ein Hinweis im gemeinsamen Prüfungsbericht von Sparkasse und Gemeindekämmerei vom September 1922 verdeutlicht dieses nachdrücklich.³¹ Die Sparkasse war jetzt für den Kundenverkehr an sämtlichen Werktagen von 8.00 bis 12.00 Uhr sowie an Montagen und Donnerstagen von 14.00 bis 16.00 Uhr geöffnet. Trotzdem stellte der Prüfer in seinem Bericht heraus, dass erhebliche Rückstände in Geschäftsführung und Rechnungsstellung bestünden, die durch ungenaue und schwerfällige Geschäftsführung verursacht und verschuldet wurden und denen nur dadurch begegnet werden könnte, in dem die Sparkasse von der Gemeindekasse abgetrennt würde. Die Trennung erfolgte im Mai 1923.

Währungsreform und Folgen

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 war das Ende des klassischen Goldstandards, das heißt der Einlösepflicht von Reichsbanknoten in Gold, gekommen. Die aufgrund Kriegsfinanzierung und Reparationszahlungen wachsende Staatsverschuldung machte eine Währungsreform im Deutschen Reich notwendig. Durch das Münzgesetz vom 30. August 1924 trat an die Stelle der Rentenmark die Reichsmark zu 100 Reichspfennigen. Die Rückkehr zum Goldstandard erfolgte nicht mehr, stattdessen hatte die Reichsbank ihre umlaufenden Banknoten zu 40 % durch Gold und Devisen zu decken (Golddevisenstandard). Diese währungspolitische Maßnahme schuf wirtschaftlich gesunde Geldverhältnisse. Die Reichsmark genoss von Beginn an das Vertrauen der Bevölkerung. Gleichzeitig aber bedeutete der Währungsschnitt die Vernichtung der in Papiergeld und festverzinslichen Werten angelegten Sparvermögen. Die Sparguthaben breiter Teile der Bevölkerung als Teil deren Altersrücklagen gingen verloren. Im »Fürstenfeldbrucker Wochenblatt« erschienen im August 1924 Leserbriefe, in denen Verwalter von Mündelgeldern und Sparkontoinhaber an den Gewährträger der Brucker Sparkasse die Frage richteten, warum die Kommune keine örtliche Aufwertung der vollständig abgewerteten Spareinlagen bzw. der Einlagen bestimmter Gruppen vornehmen würde?³² Das Geldinstitut wertete Ende 1927 die alten Spareinlagen mit 17½ Prozent auf, womit die Brucker rund 2,5 % über dem Landesschnitt blieben.

Verschärft wurde die von außen der Sparkasse aufgezwungene Abwertung und die spätere Teilaufwertung der Einlagen- und Vermögenswerte durch im September 1924 in Bruck auftauchende Gerüchte über angebliche Unregelmäßigkeiten bei dem Geldhaus. Zum Teil wohl mit ausgelöst wurde die Flüsterpropaganda durch eine Stellenanzeige in der Bayerischen Staatszeitung, wonach »bei der Sparkasse Fürstenfeldbruck die Stelle eines Verwalters sofort zu besetzen ist ...«.

Der Sparkassenskandal von 1924

Seit Trennung von der Gemeindekasse im Mai 1923 wurde die Sparkasse von einem hauptamtlichen Mitarbeiter geleitet und besaß eigene Räumlichkeiten im Schrankenhaus am Marktplatz. Den bisherigen Sparkassensekretär Fritz Fischer berief man mit Wirkung vom 1. Juni 1923 zum ersten hauptamtlichen Leiter auf den Posten des »Sparkassenverwalters«. Der erst 27-jährige Fischer stammte aus Hedersdorf bei Nürnberg und begann als 17-jähriger im Jahr 1913 seine Berufsausbildung als Gemeindebediensteter und Kassenassistent in Fürstenfeldbruck. Zum 1. August 1923 nahm zusätzlich der zuvor bei der Stadtparkasse Wunsiedel, der gemeindlichen Sparkasse Dorfen und der Stadtparkasse Dillingen/Donau tätige Reinhard Bayerköhler als zweiter Beamter in Fürstenfeldbruck seine Tätigkeit auf.³³

Zur Kontrolle und obersten Verwaltung bildete der Gemeinderat im Juni 1923 aus seinen Reihen einen Sparkassenausschuss, dem Bürgermeister Plonner als Vorsitzender sowie die Gemeinderäte Asam (Schreinermeister), Hartig (Hauptschullehrer), Vogg (Rechtsanwalt) und Sparkassenverwalter Fischer als gleich- und stimmberechtigte Mitglieder angehörten. Die Zuständigkeit zur Kreditgewährung in laufender Rechnung wurde Fischer bis zu einem Betrag von zwei Millionen Mark übertragen. Gemeinsam mit Bürgermeister Plonner konnte er bis zu sechs Millionen Mark Kredit genehmigen, für höhere Beträge war der Sparkassenausschuss zuständig. Vom Gemeinderat wurde Fischer im Mai 1923 beauftragt, in Verhandlungen mit der Bayerischen Versicherungskammer zu

treten, um eine Kassen- und Kreditversicherung abzuschließen. Aber erst im Dezember 1924 erfolgte der Beitritt. Im September 1924 berichtete das »Fürstenfeldbrucker Wochenblatt« über Unregelmäßigkeiten bei der Sparkasse. Bis zu den im Dezember anstehenden Neuwahlen der Gemeindeorgane entwickelte sich daraus ein »Sparkassenskandal«, der zum beherrschenden Thema in der Marktgemeinde wurde.³⁴ Was in der Berichterstattung der Zeitung zunächst wie die ausschließlich verlustreichen Geschäfte des amtsunerfahrenen Sparkassenverwalters aussah, war jedoch das Zusammentreffen von betrügerischer Wechselreiterei, Unzulänglichkeiten von Sparkassenausschuss und Bürgermeister bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion, massiver Druck auf die Sparkasse zur Gewinnerzielung und Abführung an die Gemeindekasse sowie die Unerfahrenheit der Beteiligten mit der Neuorganisation der Sparkasse in der Inflationskrisenzeit.

Prüfungsgutachten 1925

Der Landesverband bayerischer Sparkassen erstellte sein Prüfungsgutachten im Januar 1925. Der Prüfungsverband öffentlicher Kassen prüfte die Sparkasse im März und April 1925. Auf Anweisung von Bürgermeister Plonner hatte schon im September 1924 die private Bayerische Revisions-Gesellschaft Lambert & Co. AG eine Sparkassenrevision vorgenommen. Die Prüfungsgutachten kommen im Wesentlichen zum gleichen Ergebnis! Aus dem Lambert-Gutachten ist allerdings deutlich zu entnehmen, dass der junge, mit dem Wechseldiskontierungsgeschäft unerfahrene Sparkassenverwalter Fischer als Sündenbock in der Angelegenheit herhalten sollte.

Ohne Vorhandensein der von ihm wiederholt angemahnten Geschäftsordnung für die Sparkasse hatte Fischer zahlreiche Wechselkreditgeschäfte abgeschlossen, zu deren Refinanzierung er sich zuvor die Zustimmung der Münchener Gemeindebank eingeholt hatte. Dadurch war es möglich, dass die aufgelaufenen Gewinne der Sparkasse zur Gewährung günstiger Kreditkonditionen für einheimische Kunden (insbesondere an Landwirte und Gewerbetreibende) genutzt, sowie als Ausschüttung an die Gemeinde Fürstenfeldbruck weitergegeben werden konnten. Der Umfang der Wechselgeschäfte sowie der eingeräumten Kundenkredite summierte sich bis August 1924 auf eine Verbindlichkeitshöhe auf dem laufenden Konto der Sparkasse bei der Münchener Girozentrale von 824 000 Goldmark.³⁵ Der Sparkassenausschuss hatte den Wechselkrediten weder zugestimmt noch war er im Detail darüber informiert worden. Nach Angabe der beiden Sparkassenbeamten Fischer und Bayerköhler wurde Plonner von ihnen jedoch über die in einem Wechselbuch verbuchten Wechselgeschäfte regelmäßig informiert, was dieser allerdings rundweg abstritt.

Verluste

Bei zwei von insgesamt vier problematischen Wechselgeschäften, die einen Gesamtwert von 660 000 Goldmark ausmachten, entstand 1924 ein Verlust im Umfang von rund 80 000 Goldmark, der in dieser Höhe durch das unüberlegte Handeln des Gemeinderates zustande gekommen war. Dem Verlust standen Gewinne aus der Wechseldiskontierung von 64 000 Goldmark sowie aus dem Kreditverkehr (insbesondere Kontokorrentkredite) von 35 000 Goldmark und aus anderen Geschäften von rund 21 000 Goldmark gegenüber, sodass ein Gewinn von 40 000 Mark verblieb, von dem die Gemeinde bereits 16 000 Mark als Anteil vereinnahmt hatte. Bürgermeister Plonner bestätigte anlässlich seiner Befragung gegenüber Bezirksamtmann Hahn, dass er Fischer und die Sparkasse wiederholt mit den Worten »Schauen S' nur, daß etwas verdient wird, denn die

Gemeinde kann das Geld notwendig brauchen!«³⁶ zu ertragreichen Geschäften aufgefordert und angespornt hatte.

Illiquidität

Infolge der Verbindlichkeiten bei der Bayerischen Gemeindebank im Umfang von rund 1,3 Mio. RM und der durch die Inflation abgewerteten Sparguthaben von rund 200 000 Mark war das Institut illiquide und konnte aus eigener Kraft nicht mehr die an sie gestellten Forderungen erfüllen. Um das Geschäft dennoch aufrecht zu erhalten und die Bank wieder aktionsfähig zu machen, räumte die Gemeindebank kurzfristig einen Kredit in Höhe von 50 000 M ein.

Die Girozentrale, die aus dem Fall ebenso wie aus anderen Verlustfällen ebenfalls personelle Konsequenzen in ihrem Direktorium zog,³⁷ berechnete der Sparkasse auf die zum Ende 1925 verbliebene Schuldsomme von 900 000 M immerhin 14½ Prozent Zinsen, was einer jährlichen Zinsbelastung (ohne Tilgung) von 126 000 M entsprach, die aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb nicht zu erwirtschaften war. Es war notwendig, zwischen Sparkasse und Gemeindebank eine Vereinbarung zu treffen, wie die Schulden in einer angemessenen Zeit abgebaut werden konnten.

Mit der im Januar 1926 getroffenen Regelung, die auf Intervention des Bezirksamtes und des vom Brucker Bürgermeister eingebundenen Landtagsabgeordneten der Bayerischen Volkspartei, Dr. Sebastian Schlittenbauer, zustande kam, nahm die Gemeinde Bruck bei der Girozentrale ein verbilligtes Darlehen (Umfang 400 000 M) zu 6 % auf, für das über einen Zeitraum von 16 Jahren hinweg jährlich 40 000 M aufzubringen waren. Die Sparkasse musste für ein von ihr aufgenommenes 6%iges Darlehen über 500 000 M 19 Jahre lang jährlich 45 000 M an die Gemeindebank zahlen.

Bürgermeister Plonner

In einer Stellungnahme vor dem Gemeinderat lobte Bürgermeister Plonner die geschlossene Abmachung nicht nur dahingehend, dass daraus deutlich hervorginge, »... daß die Girozentrale eingesehen hat, daß sie die Schuldige ist und zwar deshalb, weil sie ohne Wissen und Genehmigung des Bürgermeisters und des Gemeinderates dem Fischer das viele Geld gegeben hat ...«, sondern behauptete sogar, »... daß die Gemeinde durch diese Regelung der Sparkassenangelegenheit nicht einen Pfennig verliert, sondern auch einen Gewinn daraus erzielt ...«.³⁸ Im Anschluss an die im Dezember 1924 durchgeführte Wahl der Gemeindeorgane verblieb mit Ausnahme von Bürgermeister Plonner kein früheres Mitglied des Sparkassenausschusses im Gemeinderat. Die im Mai 1925 beschlossene neue Geschäftsordnung und Mustersatzung der Sparkasse sah vor, dass der Vorsitz im Sparkassenausschuss künftig jedes Jahr neu zu bestimmen war und nicht mehr automatisch auf den Bürgermeister zufiel. Der erneut zum Mitglied im Ausschuss gewählte Plonner lehnte seine Wahl ab, sodass sein Stellvertreter Uhl nachrückte. Als weitere Konsequenz aus dem Verlust wurde die Sparkasse zur Kassen- und Kreditversicherung bei der Bayerischen Versicherungskammer angemeldet.³⁹ Gegen Sparkassenverwalter Fischer wurde mit Gemeinderatsbeschluss am 17. Oktober 1924 ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Er wurde seiner Position enthoben und fristlos aus dem Dienst der Sparkasse entlassen. Bürgermeister Plonner, ebenso die Mitglieder des Sparkassenausschusses, wurden nicht zur Verantwortung gezogen. Stattdessen wurde im Dezember 1928 Plonner auf Vorschlag des Regierungspräsidenten von Oberbayern der Titel »Gewerberat« verliehen.⁴⁰

Am 1. März 1925 trat der gebürtige Augsburger Georg Geiß, der das Bankgeschäft bei der Deutschen Bank erlernte und anschließend 19 Jahre Erfahrungen bei Sparkassen sammelte, als Direktor an die Spitze der Fürstenfeldbrucker Sparkasse, deren Geschicke er bis 1945 in verantwortlicher Position leitete. Vier Monate später wurde Gustav Jäger als sein Stellvertreter eingestellt.

Entwicklung 1925 bis 1933

Die 1926 Deutschland und Bayern erfassende schleichende Agrarkrise entwickelte sich 1928/29 zu einer Kapital-, Produktions- und Arbeitsmarktkrise. Verschlechtert wurde die Lage durch den New Yorker Börsenkrach (so genannter Schwarzer Freitag, 24. Oktober 1929), der letztlich die Weltwirtschaftskrise auslöste. Aus der Wirtschaftskrise erwuchsen eine Gesellschaftskrise und schließlich eine politische Krise.

Mit Bekanntmachung der Regierung von Oberbayern wurde im Oktober 1926 bestimmt, dass die Anlage von Gemeindegeldern, örtlichen Stiftungen sowie von Kultusstiftungen und Kirchenverwaltungen durch Errichtung offener Depots bei der Gemeindeparkasse Fürstenfeldbruck in widerruflicher Weise genehmigt worden war.⁴¹

Während der Geschäftsbericht für 1927 von den Verantwortlichen des Brucker Geldinstituts noch mit der Feststellung eingeleitet wurde, »daß sich der Aufstieg der Sparkasse in erfreulicher Weise fortgesetzt hat«,⁴² liest sich in den folgenden Berichten der Krisenjahre die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage vor Ort zunehmend negativer. So hieß es über das Jahr 1928: »Die wirtschaftliche Lage von Bezirk und Markt Fürstenfeldbruck war im Berichtsjahr keine günstige. Zur Zeit ist der Getreidepreis derart niedrig, daß die Landwirtschaft nicht auf ihre Gesteuungskosten kommt, so daß trotz der günstigen Ernte 1928 der Bauernstand schlechter dasteht als je zuvor. Durch die immer wieder auftretenden Viehseuchen fielen fast alle Viehmärkte aus, wodurch auch der Viehhandel ganz unterbunden wurde. Alle diese Momente wirken sich im Gesamtgeschäftsleben niederdrückend aus.«

Geschäftsbericht 1929

Im Geschäftsbericht für 1929 stellte die Sparkasse heraus, dass »das Versagen der Kaufkraft der Landwirtschaft sich im vergangenen in immer bedenklicherem Masse auswirkte. Solange die Landwirtschaft unter dem derzeitigen Druck lastet, der sich inzwischen noch verstärkt hat, wird auch das Geschäftsleben in Fürstenfeldbruck kaum aus dem jetzigen Tiefstand herauskommen. Die Bautätigkeit ging 1929 ebenfalls stark zurück, bei den heutigen Baukosten wird die Zahl der Bauliebhaber immer geringer. Auch der aussergewöhnlich harte Winter 1929 brachte eine weitere Verschärfung der ohnehin großen Arbeitslosigkeit.«⁴³ Tatsächlich unterstützte Ende März 1929 das Fürstenfeldbrucker Arbeitsamt im Bezirksamtsgebiet insgesamt 1147 arbeitslose Personen bei rund 21 000 Erwerbstätigen und etwa 35 000 Einwohnern, was einer Arbeitslosenquote von 5,2 % entsprach. Bis zum Mai des gleichen Jahres war die Zahl bereits auf 1600 Personen bzw. 7,2 % angestiegen.

Gebäudewechsel

Da die bisherigen Sparkassenräume im Schrankenhaus aufgrund der Entwicklung des Geschäftsverkehrs zu eng geworden waren, bezog man im Mai 1928 größere Räume im früheren Irlbeck-Anwesen, das im Januar 1928 erworben wurde, in der Ledererstraße an der Amper. Diese etwas abseits der Straßenfront zum Marktplatz gelegenen Geschäfts- und Büroräume erwiesen sich bald wiederum als zu klein, sodass die Bank am 15. Dezember 1934 erneut die Anschrift wechselte, um im neuen Rathausgebäude am Marktplatz »zweckentsprechende, luftige und gesunde Büros mit moderner Stahlkammer« zu übernehmen.

Bilanz 1914 bis 1938

Die Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen der Fürstenfeldbrucker Sparkasse zwischen 1914 und 1938 verdeutlicht, dass sich das Institut erst in den 1930er Jahren von den Verlusten der landesweiten Inflation und den notleidenden Kredit- und Wechselgeschäften in der ersten Hälfte der 1920er Jahre erholt hatte:

Übersicht über die Geschäftsentwicklung der Jahre 1914 bis 1938 (in Mark bzw. Reichsmark)

Jahr	Bilanzsumme	Kontenzahl	Buchungen	Spareinlagen	KK-Einlagen KK-Schuldner	Hypotheken und Darlehen
1894	323.121,16					
1914						922.380,--
1918						1.016.080,--
1922				10.000.000,--	770.000,--	2.336.340,--
1923				276,--		
1924		534		117.529,19	239.983,44 491.285,98	122.640,--
1925	949.092,15	433	21.001	188.364,82	172.839,13 415.015,--	163.573,13
1926	1.158.931,13	522	34.171	456.009,91	212.067,24 524.691,73	180.702,13
1927 **	1.441.578,71	1981	42.001	693.051,70	245.596,35 619.112,11	331.491,03
1928 **	1.835.705,53	2627	56.000	1.027.818,99	329.612,49 498.263,52	760.135,12
1929 **	2.435.008,--	3131	66.058	1.489.690,30	401.256,29 618.654,75	1.027.276,61
1930	2.776.096,91	3637 (3571)	72.338	1.887.144,50	379.685,12 657.718,80	861.474,62
1931	2.977.813,40	4121 (5861)	87.168	2.214.159,33	305.668,32 644.067,24	1.121.001,64

Übersicht über die Geschäftsentwicklung der Jahre 1914 bis 1938 (in Mark bzw. Reichsmark) (Fortsetzung)						
Jahr	Bilanzsumme	Kontenzahl	Buchungen	Spareinlagen	KK-Einlagen KK-Schuldner	Hypotheken und Darlehen
1932			100.894		267.460,83 418.850,74	1.885.827,48
1933	3.284.436,71				321.013,71 392.202,99	1.976.928,04
1938			232.505			

** Der Geschäftsbericht zum 50-jährigen Bestehen der Sparkasse aus dem Jahr 1933 nennt als Wert der Spareinlagen für die Jahre 1927 bis 1929 einen um das Aufwertungsguthaben in Höhe von 374.700,- RM höheren Wert abzüglich der vorgenommenen Auszahlungen der Aufwertungsguthaben – die Abkürzung »KK« steht für Kontokorrent.

Filiale Olching 1929

Der Fürstenfeldbrucker Gemeinderat fasste im Juni 1929 den Beschluss, in Olching eine Nebenstelle der Sparkasse einzurichten.⁴⁴ Die erforderliche Zustimmung der Olchinger Gemeindevertretung erfolgte im gleichen Monat. Am 20. August 1929 unterzeichneten Vertreter beider Gemeinden einen Vertrag, mit dem Olching sich bereit erklärte, die Geschäftsführung der Nebenstelle zu übernehmen. Das Geschäftslokal war die Gemeindekanzlei. Die Sparkassengeschäfte besorgte der geprüfte Gemeindebeamte Josef König. Vorerst sollten nur das reine Einlagengeschäft betrieben und die aus Olching stammenden Einlagen wieder im Ortsbereich als Hypotheken ausgereicht werden. Aus dem Bruttogewinn der Nebenstelle wurde der Gemeinde Olching ein Anteil von 30 % zugesichert. Allerdings konnte die Nebenstelle sich jedoch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit zunächst nicht den Erwartungen entsprechend entwickeln. So summierten sich im Februar 1931 die dortigen Spareinlagen erst auf 17.715,65 RM. Aber bereits im April 1932 war es notwendig, neben Nebenstellenleiter König, zusätzlich den Rechnungsoberinspektor Bauer für die Olchinger Sparkassengeschäfte einzusetzen. Und bereits im Juli 1933 beantragte das Geldinstitut bei Bezirksamt und Bayerischen Sparkassen- und Giroverband die »Errichtung einer einmännig besetzten Zweigstelle in Olching unter Aufhebung der dortigen Nebenstelle«. Das Bezirksamt genehmigte im Oktober den Antrag mit der Bemerkung, dass n. a. »aus Gründen der Betriebssicherheit es sich empfiehlt, mit der Person des Zweigstellenleiters mindestens jährlich zu wechseln«.

Die Entscheidung für Olching ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Bezirksamt anlässlich einer Erhebung 1925 die Gemeinde als »zweitgrößte Kommune im Bezirk« sowie als »Kleinstadt« und »Landstadt« bezeichnete, in der bereits eine recht fortschrittliche Infrastruktur vorhanden war und eine größere Zahl potenzieller gewerblicher und privater Sparkassenkunden lebte und arbeitete.⁴⁵

Weltwirtschaftskrise

Not und Arbeitslosigkeit vieler Bürger veranlassten den Fürstenfeldbrucker Gemeinderat, in den Wintermonaten der Jahre 1930/1933 eine Suppenküche einzurichten, »in der die Bedürftigen gegen bescheidenes Entgelt eine schmackhafte Suppe mit Einlage und eine Mahlzeit erhalten sollten«.⁴⁶ Die Küche war in ein »Fürstenfeldbrucker Hilfswerk« eingebunden, zu dem außerdem eine Kinderspeisung bei reicheren Familien, die Abgabe von Lebensmitteln und Brennmaterialien, eine Wärmestube sowie die Altbekleidungsstelle gehörten.⁴⁷ Um im Frühjahr 1930 wenigstens etwas Arbeit im Ort zu schaffen, finanzierte die Sparkasse mit 200 000 RM die Errichtung des Mietpostgebäudes an der Fürstenfelder Straße. Um zu verhindern, dass die Sparkassen in den Krisenjahren der Weltwirtschaftskrise über Gebühr von ihren Gewährträ-

gern mit Kreditwünschen und Gewinnabschöpfungen in Anspruch genommen werden konnten, wurden im Dezember 1930 die Grundbestimmungen der bayerischen Sparkassen geändert. Dadurch sollten insbesondere Liquidität und Zahlungsbereitschaft der Sparkassen verbessert werden. Für die kommunalen Gewährträger bedeutete die Neufassung, dass Sparkassengelder (Kommunalkredite), die über 25 % der reinen Spareinlagen hinaus reichten, unzulässig waren. Damit wurde den Kommunen der Rückgriff auf Sparkassengelder stark eingeschränkt.

Die Fürstenfeldbrucker Sparkasse hielt am 13. Juli 1931 (einem Mittwoch) die Schalter infolge der Anordnung der Reichsregierung für 24 Stunden geschlossen. Die Reichsregierung sah sich aufgrund der Abhebungswelle bei den Banken gezwungen, den 14. und 15. Juli 1931 zu Bankfeiertagen zu erklären, so dass die meisten Kreditinstitute an diesem Tag geschlossen blieben, nicht so die Brucker Sparkasse. Mit der »3. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherheit von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen« vom 6. Oktober 1931 sollte die Heranziehung des Sparkassenvermögens für Gemeindeschulden ausgeschlossen werden, um ein mögliches Übergreifen kommunaler Finanzprobleme auf die Sparkasse zu vermeiden.

Körperschaft des öffentlichen Rechts

In Konsequenz dieser Notverordnung wurden die Sparkassen rechtlich von den Gemeinden getrennt und firmierten seit Dezember 1933 aufgrund des zu diesem Zeitpunkt beschlossenen »Gesetz über die öffentlichen Sparkassen« als rechtsfähige, mündelsichere Körperschaften des öffentlichen Rechts. Als kommunale Wirtschaftsunternehmen eigener Prägung hatten sie gesetzlich begrenzte, sozial verpflichtende Aufgaben zu erfüllen und besaßen die Kaufmannseigenschaft. Der kommunale Gewährträger haftete für die Sparkassenverbindlichkeiten unbeschränkt.⁴⁸ Mit dem Gesetz von 1933 wurde als oberstes Entscheidungs- und Aufsichtsgremium der Verwaltungsrat gebildet.

Geschäftsbericht 1931

Die krisenhafte Situation des Jahres 1931 spiegelt sich auch im Geschäftsbericht der Brucker Sparkasse: »Das vergangene Jahr war allgemein ein Krisenjahr erster Ordnung ... Durch die Notverordnungen im Juli v. J. kam auch in unsere Sparerkreise Beunruhigung; es ist selbstverständlich, daß derartig einschneidende Massnahmen in die persönliche Verfügungsfreiheit Angstmomente bei den Sparern auslösten. Nach Aufhebung der Verordnungen kehrte langsam aber stetig das Vertrauen unserer Sparkunden zurück; wenn sich auch in den Einzahlungen die schlechte Wirtschaftslage, Kürzungen etc. außerordentlich hemmend auswirkten.«⁴⁹ Im gleichen Jahr konnte in Bruck bei den Spareinlagen wieder die Höhe vor dem Ersten Weltkrieg erreicht werden.

Zur Verbesserung der enttäuschenden Entwicklung der Nebenstelle Olching empfahl ein Prüfer im Frühjahr 1931 der Sparkassenleitung⁵⁰ »persönliche Werbung, die für die Entwicklung in erster Linie wichtig ist«, einzusetzen, ansonsten aber vorerst keine weiteren Nebenstellen zu errichten. Die Eröffnung weiterer Zweigstellen kam schon deshalb nicht in Frage, »[...] weil die geringe Bevölkerungszahl der einzelnen Landgemeinden die Einstellung hauptamtlich beschäftigter Arbeitskräfte aus wirtschaftlichen Erwägungen verbietet«. Damit die Sparkasse aber außerhalb Fürstenfeldbrucks und Olchings wohnende Menschen erreichen könne, wurde empfohlen, dass »... die Abhaltung von Sprech- oder Amtstagen in den Gemeinden Aufkirchen, Günzelhofen, Hattenhofen, Jesenwang, Mammendorf, Moorenweis, Ober- und Unterschweinbach dem Ausbau und der Weiterentwicklung sowie der durchgreifenden Erfassung des Kassenbezirks förderlich sei«. Für die Umsetzung der Sprech- und Amtstage sowie die Erschließung des Kassenbezirks regte der Prüfer die Anschaffung eines Kleinautos an.

Die Sparkasse 1933 bis 1945

Die nationalsozialistische Machtübernahme brachte für die Sparkasse im Mai 1933 einen ausschließlich mit NSDAP-Vertretern besetzten Sparkassenausschuss bzw. Verwaltungsrat, dem die Geschäftsführung oblag. Auf diesem Weg wurde bis Kriegsende dafür Sorge getragen, dass die Geschäftspolitik nach innen und außen zielgerichtet im Sinne der neuen politischen Machthaber verlief. Sparkassendirektor Geiß zog Ende 1934 ein Fazit: »Die Entwicklung der Kasse war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nach jeder Richtung hin eine erfreuliche, dies ist in erster Linie dem Kampf der nationalsozialistischen Regierung gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot zu verdanken. Als günstiges Zeichen der Zeit kann eine fortschreitende Gesundung der Gemeindefinanzen, insbesondere der sogenannten Notgemeinden festgestellt werden, ebenso auch eine merkliche Erleichterung der Zinsrückstände besonders bei den Hypothekendarlehen. Sobald die Frage der Entschuldung der landwirtschaftlichen Anwesen vollends im Gang ist, dürfte auch in dieser Richtung eine weitgehende Bereinigung und Beruhigung eintreten.«⁵¹ Der Gesamtumsatz 1934 konnte gegenüber 1933 um 22,7 %, die Posten im bargeldlosen Zahlungsverkehr um 18 % und die Barverkehrsposten um 10 % gesteigert werden.

Revisionsbericht 1934

Obwohl die Sparkasse wenige Jahre zuvor massive Verluste im Wechselgeschäft erlitten hatte, forderte der überörtliche Kassenprüfer anlässlich einer Revision im Oktober 1934, »... da der Wechselverkehr bei der Sparkasse mit nur 0,8 % des gesamten Umsatzes nicht sonderlich entwickelt ist, dies dürfte zum großen Teil auf den ländlichen Charakter der Sparkasse zurückzuführen sein, wegen der Bedeutung, die dem Wechsel gerade für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zukommt, die Kassenleitung dringend ... auf, dem Ausbau dieses Geschäftszweiges künftig ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.«⁵² Ganz offensichtlich meinte der Revisor aber nicht die gängige Ankaufpraxis (Diskontierung) von Handelswechseln, denen Kaufverträge und Handelsgeschäfte zugrunde lagen, sondern den Ankauf der vom Reichsfinanzminister zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ausgegebenen Schatzwechsel sowie der zur Steigerung der Rüstungsausgaben eingesetzten Mefo-Wechsel.

Mefo-Wechsel

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 zielten zahlreiche Maßnahmen darauf ab, die große Zahl an

Arbeitslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Mit Hilfe von Wechselfinanzierungen über eigens für diesen Zweck gegründete Unternehmen, wie die bereits 1930 gegründete Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa) oder die 1933 geschaffene Metallurgische Forschungsanstalt (Mefo), gelang den Nationalsozialisten unmittelbar nach Machtübernahme ein umfangreiches Beschäftigungsprogramm, finanziert durch Wechsel. Seit 1934 wurde der Auf- und Ausbau der Wehrmacht ebenfalls mittels Wechselfinanzierung vorgenommen, wobei in Besonderheit die von der Metallurgischen Forschungsanstalt akzeptierten Mefo-Wechsel eingesetzt wurden.⁵³ Die Reichsbank kaufte diese, ebenso wie die Arbeitsbeschaffungswechsel, deren Laufzeit über die üblichen drei Monate auf bis zu fünf Jahre verlängert wurde, an und vermehrte auf diesem Weg dem Geldumlauf. Um die damit verbundene offene Inflation zu vermeiden, wurde 1936 ein allgemeiner Preisstopp eingeführt, 1938 folgte ein Lohnstopp. Der Einsatz der Mefo-Wechsel erfolgte, um die Rüstungsausgaben geräuschlos und weitgehend an der Öffentlichkeit vorbei zu finanzieren. 1938 wurden die Mefo-Wechsel, deren Umfang bis dahin auf 12 Mrd. RM angestiegen war, eingestellt.

»Kreis- und Stadtparkasse« seit 1935

Auf Anregung des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes wurde nach halbjährlichen Verhandlungen zwischen Gemeinde, Bezirksamt und Verwaltungsrat mit Wirkung zum 1. Januar 1935 die bisher gemeindliche Sparkasse mittels Gründung eines Zweckverbandes zwischen Marktgemeinde und Bezirk Fürstenfeldbruck in eine Zweckverbandssparkasse mit neuer Satzung überführt, um dem drohenden staatlichen Eingriff zuvorzukommen. Als neu zu schaffendes Vertretungsorgan der Zweckverbandssparkasse fungierte ein Vorstand, der aus dem Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern bestand. Die Führung der Geschäfte verblieb beim Verwaltungsrat. Das Haftungs- und Beteiligungsverhältnis wurde in der neuen Satzung mit $\frac{2}{3}$ auf die Stadt und $\frac{1}{3}$ auf den Bezirk Fürstenfeldbruck festgelegt.

Während gegen Ende 1934 das Institut wiederholt als »Sparkasse Fürstenfeldbruck, gemeinnützige, mündelsichere Bankanstalt« auftrat, hatte die Stadterhebung Fürstenfeldbrucks 1935 zur Konsequenz, dass seit 1. April 1935 die Bank als »Bezirks- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck« firmierte. Die 3. Verordnung über den Neuaufbau des Reiches vom 28. November 1938 brachte reichsweit 1939 die Umbenennung der bisherigen »Bezirke« in »Landkreise« mit sich, sodass eine erneute Namensänderung der Sparkasse vorgenommen wurde, die seitdem »Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck« lautete. Den ohne Begründung gestellten Antrag des Verwaltungsrates vom November 1944, eine Änderung von »Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck« in »Stadt- und Kreissparkasse Fürstenfeldbruck« vornehmen zu dürfen, lehnte der Regierungspräsident von Oberbayern im Januar 1945 ab.⁵⁴

Jahresbericht 1935

Im Jahresbericht für 1935 wies die Sparkassenleitung darauf hin, dass »die Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung gegen Not und Mißwirtschaft auf allen Gebieten des Lebens überaus befruchtend gewirkt, und somit die Grundlage für eine geordnete und erfolgreiche Tätigkeit gelegt haben. Die Kasse war bestrebt, in dem ihr möglichen Rahmen sich in den Dienst des Staates und der Allgemeinheit zu stellen und zwar durch die Finanzierung von Neubauten und Siedlungen, wie auch durch Bereitstellung von Krediten an Unternehmer, die staatliche oder

sonstige Aufträge auszuführen hatten ... ferner wurde die in Fürstenfeldbruck entstehende Kriegsoffiziersiedlung im Rahmen der Ausleihebestimmungen durch erstellte Hypotheken finanziert.⁵⁵ Für Maßnahmen der örtlichen Arbeitsbeschaffung, insbesondere zum Bau von Einfamilienhäusern, hatte die Sparkasse bis Ende 1935 rund 1,5 Mio. RM zur Verfügung gestellt, wobei 410 Neubauanwesen aus diesem Betrag mittels Hypothekengewährungen realisiert werden konnten.

Fliegerhorst

Mehr und mehr spiegelte sich die große Politik in den Geschäftsberichten der Sparkasse der Folgejahre. So hieß es im Bericht 1937, dass die Tatsache, dass Fürstenfeldbruck nunmehr Garnisonsstadt der Wehrmacht (Eröffnung der Luftkriegsschule IV im Fliegerhorst) geworden war, sich in der Steigerung des Geschäftslebens stark bemerkbar macht. Das Bauhandwerk und die damit verbundenen Berufe waren hauptsächlich durch die Wehrmachtsbauten das ganze Jahr über voll beschäftigt, sodass mitunter Arbeitskräftemangel herrschte.⁵⁶ Die Bauarbeiten des Fliegerhorstes, soweit örtliche Unternehmen einbezogen waren, wurden in den Jahren 1936 und 1937 ebenso finanziell weitgehend über die Sparkasse abgewickelt, wie der spätere Betrieb bis 1945.

Sparkassendirektor Geiß und der Verwaltungsrat fassten das Jahr 1938 mit den Worten zusammen: *»Die großen Ereignisse des Jahres 1938, die Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes, haben natürlich Auswirkungen auf unseren Bezirk gebracht ... Maßnahmen an der Westgrenze, Arbeiten am Vierjahresplan, Wohnungsneubauten, Reichsautobahnbau, Bahnhofsumbauten ... brachten diese Maßnahmen neue Arbeitsmöglichkeiten auch in unserm Bezirk ... durch Kreditvergaben an Bauern zur Beschaffung von Maschinen haben wir mitgeholfen zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels beizutragen ... die Finanzierung von Volkswohnungen (Adolf-Schorer-Siedlung) wurden im Berichtsjahr zum Abschluß geführt ...«*⁵⁷

Neue Sparformen

Abgesehen von den bei der Fürstenfeldbrucker Sparkasse bereits eingeführten Sparformen, etwa dem Neugeborenen-sparen, Gefolgschaftssparen, Sparabholverfahren, K.d.F.-Reisesparen (Kraft-durch-Freude-Reisesparen), durch das die Arbeitenden mit einem Zuschuss des Betriebes einmal jährlich verreisen konnten, wurden in Fürstenfeldbruck seit 1938 das HJ-Sparen (Hitler-Jugend) sowie das Schulsparen mit einer eigenen Unterrichtsstunde in der Volksschule gefördert. Bereits 1933 wurde der traditionelle »Weltspartag« in »Nationaler Spartag« und 1938 in »Deutscher Spartag« umbenannt. Einige wenige Sparer betreute die Sparkasse beim Volkswagen-Sparen, das unter dem Versprechen »Sparen im Kriege, kaufen im Siege« auf den Erwerb eines VW-Automobils zielte. Tatsächlich leitete das Deutsche Reich die in diesem Programm aufgebrauchten Spargelder nicht direkt an das Volkswagenwerk weiter, sondern an die Deutsche Arbeitsfront (DAF), der das Volkswagenwerk gehörte.⁵⁸ Das »Blut-und-Boden-Sparen« richtete sich an den Bauernstand, der für die nationalsozialistische Ideologie eine zentrale Bedeutung besaß.

Kriegsfinanzierung

Die verschiedenen Sparformen und »Sparfeldzüge« wurden reichsweit mit dem Hintergedanken eingesetzt, überschüssige Geldmittel, damit potenziellen Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung abzuziehen, auf diese Weise inflationären Entwicklungen vorzubeugen, und die Gelder den Kapitalsammelstellen zuzuführen. Wie bereits im Ersten Weltkrieg

praktiziert, wurde auf diese Weise ein Teil der durch die Rüstungsausgaben vermehrten Kaufkraft abgeschöpft. Gläubiger des Reiches waren vornehmlich die Reichsbank, Kreditinstitute und Versicherungen, weniger dagegen das breite Publikum, sodass im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg mit seinen Kriegsanleihen für die Aufbringung der Gelder zur Rüstungs- und Kriegsfinanzierung von »geräuschloser Kriegsfinanzierung« gesprochen wird.⁵⁹ Die Folge der vom Reichsfinanzminister praktizierten Kriegsfinanzierung erbrachte seit 1940 auch bei der Fürstenfeldbrucker Sparkasse zunehmend die *»stärker bemerkbarmachende Geldverflüssigung«*, die reichsweit zur Zinsherabsetzung genutzt wurde. Da aufgrund der allgemeinen Beschränkungen der öffentlichen und privaten Bautätigkeit und der gebundenen Wirtschaft die Möglichkeit fehlte, den Geldfluss in der bisherigen Weise zur Kreditvergabe und Förderung von örtlichen Bau- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einzusetzen, floss die überflüssige Liquidität der Sparkasse, ganz im Sinne der politischen Führung, in der Hauptsache in Reichsanleihen und Reichsschatzwechsel sowie *»in Festgeld- und Darlehensanlagen bei der Bayerischen Gemeindebank in München, um für die Nachkriegsaufgaben gerüstet zu sein ...«*⁶⁰ In nur sehr geringem Maß konnte die Bayerische Gemeindebank die bei ihr von den bayerischen Sparkassen angelegten Gelder an Gemeinden oder Gemeindeverbände ausreichen.⁶¹

Zweiter Weltkrieg

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 führte in der Brucker Sparkasse zu einer gewissen Unruhe, denn *»in der ersten Hälfte des Berichtsjahres 1939 nahm die Entwicklung der Kasse einen sehr günstigen Verlauf, da kam überraschend der Krieg. Nach einigen Tagen der Unruhe zeigte sich jedoch bald wieder das alte Vertrauen in den Reihen unserer Sparer und nach kurzer Zeit wurde nahezu der monatliche, durchschnittliche Einlagenüberschuß wieder erreicht. Selbstverständlich wirkte sich der Kriegszustand nach verschiedener Richtung hin aus, es traten Verlagerungen in der Geschäftstätigkeit ein, besonders die Beschränkung am Baumarkt, doch konnten alle begonnenen Privatbauten im Laufe der Monate fertiggestellt werden.«*⁶²

Die reichsweite Propaganda nach Beginn des verlustreichen Krieges gegen die Sowjetunion im Juni und den Rückschlägen seit Dezember 1941 fand in den Geschäftsberichten der weiteren Kriegsjahre der Sparkasse Widerhall. Für 1941 wurde herausgestellt: *»Während unsere tapfere Wehrmacht große Siege errang und tief in Feindesland eindrang, half die Heimat durch unermüdliche Arbeit, Vertrauen und Sparen den Sieg vorzubereiten. Das allgemeine Vertrauen wirkte sich auch bei uns in einer, man darf sagen, stürmischen Mehrung sowohl der Spar- als auch der Giro-Einlagen aus. Durch die Zeitverhältnisse ergab sich eine allgemeine Einschränkung des aktiven Hypotheken- und Darlehensgeschäftes, so daß die Wiederranlage der zugeflossenen Gelder zu einem Teil in Reichsanleihen und Reichsschatzanweisungen, zum anderen Teil in Festgeldern bei unserem Zentralinstitut erfolgte. Besonders auf die Anlage von Festgeldern wurde Bedacht genommen, um für die großen Aufgaben nach dem Krieg gerüstet zu sein.«*⁶³ Im gleichen Jahr wurde mit den 16 »Gefolgschaftsmitgliedern« der Sparkasse bei 32 Beschäftigten, die 1941 zur Wehrmacht eingezogen wurden, durch Briefwechsel und »Liebespakete«, soweit möglich, die Verbindung aufrecht erhalten.

Geschäftsbericht 1944

Im letzten unter nationalsozialistischer Einflussnahme erstellten Geschäftsbericht für 1944 wurde ein »Ehrenblatt« aufge-

Übersicht über die Entwicklung der Sparkasse Fürstenfeldbruck zwischen 1893 und 1947. Die Wertangaben der Jahre 1893, 1914 und 1918 sind in Mark (M) ausgedrückt, alle späteren Angaben in Reichsmark (RM)

Jahr	Kontenzahl	Buchungen	Spareinlagen	Gesamteinlagen	Bilanzsumme
1893				290.000,--	
1914	3.910	5.541	2.161.245,--	2.161.245,--	
1918				3.261.000,--	
1923			276,44	21.807,--	
1924			117.529,--	337.512,--	882.559,45
1925	818	33.060	188.364,--	361.203,--	949.092,15
1926			456.009,--	668.073,--	
1927			1.013.937,--	1.259.533,--	
1928			1.316.467,--	1.646.079,--	
1929			1.749.393,--	2.140.649,--	2.357.794, --
1930	3.571	72.338	1.887.144,--	2.266.829,--	2.776.096,91
1932	5.743	100.894	2.161.525,--	2.588.090,--	3.041.297,37
1933	6.147	110.108	2.535.279,--	2.856.292,--	3.304.353,61
1934	6.731	124.732	2.987.062,--	3.438.848,--	3.862.237,71
1935	7.480	131.462	3.524.656,--	3.951.487,--	4.281.854,10
1936	8.320	168.180	4.094.423,--	4.619.597,--	4.692.337,14
1937	9.597	195.326	4.646.170,--	5.293.656,--	5.377.737,36
1938	10.726	232.505	5.478.369,--	6.477.204,--	6.587.029,97
1939	12.179	271.538	6.010.021,--	7.410.064,--	7.537.903,41
1940	13.818	296.722	7.694.881,--	9.673.331,--	9.780.237,53
1941	16.170	336.978	10.503.633,36	13.417.036,50	13.538.737,28
1942	18.712	365.676	14.808.957,63	18.931.977,99	19.118.753,59
1943	20.588	373.760	19.580.398,53	25.477.530,51	25.742.655,86
1944	21.130	292.116	26.075.612,95	34.483.171,25	34.883.276,91
1945	21.328	170.709	30.484.872,14	40.519.525,93	40.963.081,25
1946	21.368	149.099	31.760.864,49	40.364.227,11	40.891.373,53
1947	20.962	160.340	30.721.655,39	38.636.857,21	39.179.932,13

nommen, mit dem an die beiden im Verlauf des Jahres gefallenen und mit Kriegsauszeichnungen dekorierten Mitarbeiter gedacht wurde. Abgesehen von dem seit Jahren angewachsenen Liquiditätsüberschuss galten die Anmerkungen verstärkt örtlichen Problemen. In diesem Jahr berührte der Krieg die Sparkasse unmittelbar. »Am 22. 2. 1944 erlitt die Zweigstelle Olching bei dem Luftangriff auf Olching einen ziemlich starken Sachschaden. Es konnte jedoch nach einigen Tagen der Betrieb bereits wieder aufgenommen und die Geschäftsräume, wenn auch verkleinert, wieder in Stand gesetzt werden.«⁶⁴

Kriegsende

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Stadt und Landkreis Fürstenfeldbruck am 29. April 1945 und der Bildung der örtlichen Militärregierung im Brucker Rathaus wurde die Sparkasse drei Tage später wieder geöffnet. Sparkassendirektor Georg Geiß, dem von den Amerikanern dessen Mitgliedschaft in der NSDAP vorgehalten wurde, verlor sein Amt erst am 19. Juli 1945. An seine Stelle trat die von der Militärregierung eingesetzte kommissarische Leiterin Emilie Ott, die in dieser Funktion bis zum 1. Oktober 1947 verblieb. Ihr folgte der zuvor stellvertretende Sparkassenleiter Heinrich Perzlmaier ins Amt. Von den zu Kriegsende von der Sparkasse beschäftigten 28 Mitarbeitern wurden auf Weisung der Militärregierung sofort 13 Personen entlassen, einige davon jedoch bald wieder eingestellt. Ende 1947 standen 21 Personen in Sparkassendiensten, 11 männliche und acht weibliche Mitarbeiter sowie zwei Lehrlinge.

Geschäftsbericht 1945/1946

Erst im September 1946 wurde der Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1945, der zugleich die wirtschaftliche und

finanzielle Bilanz für zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Fürstenfeldbruck darstellte, von der Sparkassenleitung abgeschlossen und vorgelegt: »Nach dem Chaos der letzten Kriegsmonate gelang es der Sparkassenleitung nach der Besetzung sehr rasch den Betrieb wieder in sich geordnet für die Bedürfnisse unserer Bevölkerung zu eröffnen, dank der tatkräftigen Unterstützung durch die neu berufenen Männer auf den Bürgermeisterposten, des Stadtrates und der Stadtverwaltung. Die Wiedereröffnung bereits am dritten Tage nach der Besetzung trug sehr zur Beruhigung der Kundschaft bei, welche unserer Sparkasse nach den vielen Monaten der Unsicherheit und der Angstabwehungen wieder ihr volles Vertrauen schenkte. Trotz des Wegfalls der hohen Kriegsbesoldungen, Doppelverdienste und sonstigen Kriegsgewinnen haben sich die Gesamteinlagen von Mai bis Dezember 1945 [...] gesteigert [...]. Nach Wegfall des aufgeblähten Zahlungs- und Überweisungsverkehrs für den ehemaligen Fliegerhorst Fürstenfeldbruck ist die Sparkasse wieder in der Lage, unserem einheimischen Sparer und der in der Stadt und im Kreisgebiet ansässigen Geschäftswelt ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Im Ausleihgeschäft, für welches reichlich Mittel bereitgestellt sind, haben wir immer noch aus zeitbedingten und bekannten Gründen, die Anlaufzeit im Wirtschaftsleben und im Baumarkt abzuwarten ... auf Grund Anordnung der Militärregierung (Gesetz Nr. 8 und Nr. 52) wurden vor der Sparkasse die gesamten Konten in politischer Hinsicht laufend überprüft, über die Konten der Betroffenen wurde die Sperre verfügt ... bis zum 31. Dezember 1945 wurden insgesamt 1747 Konten mit dem Sperrvermerk versehen ...«.

Gesperrte Konten

Die vorgeschriebene Überprüfung und Überwachung der Sparkassenkonten wegen politischer Verfehlungen ergab, dass

bis zum 31. Dezember 1946 2342 Konten gesperrt wurden. Knapp 22 % der Gesamteinlagen der Sparkasse waren auf

diese Weise blockiert. Die gesperrten Konten teilten sich wie folgt auf:

Personengruppe	Schulden (in RM)	Guthaben (in RM)
Natürliche Personen	1.620, --	2.594.581,58
Geschäftliche Unternehmen	21.473,49	1.955.250,58
Gemeinden, Körperschaften	35.420,54	4.122.759,80
Wehrmacht, RAD	50.578,28	158.961,12
Partei, Vereine, Sonstiges	25,50	162.903,03
Gesamtwert	109.117,81	8.994.456,11

Wie umfangreich der in den Kriegsjahren in Reichsanleihen und auf Festgeldkonten dem örtlichen Wirtschaftskreislauf entzogene und zur geräuschlosen Kriegsfinanzierung missbrauchte Liquiditätsüberschuss der Sparkasse Fürstenfeldbruck war, zeigte sich in der Vermögensaufstellung zum 31. Dezember 1945. Demzufolge besaß die Sparkasse folgende Wertpapiere: RM 12 142 412,50 Anleihen und Schatzanweisungen des Reiches, 2500,– Schatzanweisungen des Landes Bayern, 214 300,– Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden, 277 750,– Bayerische und Deutsche Kommunalanleihen, 38 000,– Industriegeldverschreibungen, gesamt RM 12 674 962,50 nominal, zuzüglich RM 16 975 000,– Festgelder bei der Bayerischen Gemeindebank, sodass sich mit RM 29 649 962,50 der Gesamtbetrag der Brucker Geldanlagen errechnete.

Vergleicht man diesen Betrag von rund 30 Mio. RM mit dem Gesamtwert der Sparkasseneinlagen zum Ende 1945 in Höhe von rund 40 Mio. RM, dann wird deutlich, in welchem Umfang sich das Deutsche Reich für die stille Kriegsfinanzierung an den Einlagen der Sparer in Fürstenfeldbruck schadlos hielt und die örtliche wirtschaftliche Entwicklung verhinderte. Jeder einzelne Sparer wurde vom Staat um seine finanzielle Reserve und um ein Stück individueller Zukunft betrogen.

Währungsreform 1948

Dass der im Kriege aufgebaute Liquiditätsüberschuss, dem kein adäquates und kaufbares Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenüberstand, nur durch eine erneute Währungsreform zu beseitigen war, lag auf der Hand. Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 löste die Deutsche Mark (DM) die Reichsmark ab. Die Bundesrepublik Deutschland wandelte im Rahmen der Währungsreform die Ansprüche aus der Entwertung der auf Reichsmark lautenden Forderungen der Kreditinstitute in niedrig verzinsliche Ausgleichsforderungen um, die aus den Gewinnen der Deutschen Bundesbank bis 1995 getilgt wurden. Für Privatpersonen wurden »Kopfgelder« als Startkapital in Deutscher Mark ausbezahlt.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

¹ Regierungs- und Intelligenzblatt für das Königreich Bayern 1816, S. 801.

² Stand August 2008.

³ Klaus Wollenberg: Zur Geschichte der Sparkasse Fürstenfeldbruck bis 1945. In: Sparkasse Fürstenfeldbruck (Hrsg.): Werden und Wirken. Die Sparkasse Fürstenfeldbruck in Vergangenheit und Gegenwart. Stuttgart 2000, S. 32–73.

⁴ Bayerische Gemeindebank, Girozentrale: Fünfzig Jahre bayerische Giroorganisation im Dienste der bayerischen Wirtschaft, 1914–1964. München 1964, S. 8.

⁵ Staatsarchiv München (= StAM), Landratsamt Fürstenfeldbruck (= LRA FFB) 15894 (Akt vom 10. April 1841).

⁶ StAM, LRA FFB 15894 (Schreiben vom 22. 3. 1841) sowie Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Protokollbuch 1. Juni 1839 bis 16. April 1841, B 37 vom 22. März 1841.

⁷ StAM, LRA FFB 15894 (Auszug aus dem Protokoll des Marktgemeinderats Bruck vom 10. April 1856).

⁸ StAM, LRA FFB 15894 (Schreiben vom 27. Mai 1856).

⁹ StAM, LRA FFB 15894 (Brief vom 5. Juni 1856, Statuten vom 26. November 1855).

¹⁰ StAM, LRA FFB 15884 (Geschäftsbericht zum 50. Gründungsjahre 1883 bis 1933).

¹¹ Auf die Tatsache, dass die Regierungspräsidenten auf jeder ihrer »Amts-Inspektionen« nach örtlichen Sparkassen fragten oder deren Gründung anregten, machte am Beispiel der 1836 gegründeten Sparkasse in Weilheim aufmerksam Josef Wysocki: Land und Zeit (1836–1986). Weilheim 1986, S. 62.

¹² StAM, LRA FFB 15894 (Briefe vom 9. Aug., 4. Sept. und 6. Nov. 1860; weiterhin Briefe vom 11., 18., 24. und 29. Juni 1861).

¹³ 70 Jahre Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck, 1883–1953. Fürstenfeldbruck 1953, S. 5f.

¹⁴ Marion Hruschka: Die Entwicklung des Geld- und Kreditwesens unter besonderer Berücksichtigung der Sparkasse im Raum Straubing-Bogen 1803 bis 1972. Straubing 1990, S. 187.

¹⁵ Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck (wie Anm. 13), S. 6.

¹⁶ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Beschluss vom 14. November 1881.

¹⁷ Angelika Mundorff und Eva von Seckendorff (Hrsg.): Die Millers – Aufbruch einer Familie. München 2006, S. 15.

¹⁸ StAM, LRA FFB 15894 (Brief vom 23. Oktober 1882).

¹⁹ Stadtparkasse München (Hrsg.): 175 Jahre für München, CD-ROM, München 1999.

²⁰ StAM, LRA FFB 15894 (Briefe vom 6., 20., 21., 27. und 30. Oktober sowie 13. und 14. November 1882). Vgl. auch Anton Mayr: 100 Jahre Sparkasse Indersdorf. In: Amperland 32 (1996) 339–345.

²¹ StAM, LRA FFB 15893 (Statut der Sparkasse des Marktes Bruck vom 2. April 1883), Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Beschluss vom 2. April 1883.

²² Hruschka (wie Anm. 14), S. 187.

²³ Amtsblatt für den Bezirk Bruck, Nr. 50 vom 16. Dezember 1883 und Nr. 52 vom 30. Dezember 1883.

²⁴ 1883 bis 1973, 90 Jahre Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck, Fürstenfeldbruck 1973, S. 6 sowie Amtsblatt für den Bezirk Bruck, Nr. 2, Januar 1885.

²⁵ Amtsblatt für den Bezirk Bruck, Nr. 2 vom 8. Januar 1888.

²⁶ Carl A. Hoffmann: Von der Reformzeit bis zum Ersten Weltkrieg (1799 bis 1918), Kontinuität und Wandel. In: Busley/Drexler/Hoffmann/Salzmann/Wollenberg (Hrsg.): Der Landkreis Fürstenfeldbruck, Natur – Geschichte – Kultur. Fürstenfeldbruck 1992, S. 185.

²⁷ StAM, LRA FFB 15893 (Visitation des Kassa- und Rechnungswesens der gemeindlichen Sparkasse Bruck durch die königliche Regierung von Oberbayern am 4. August 1902).

²⁸ StAM, LRA FFB 15893 und Brucker Wochenblatt Nr. 47 vom 12. Juni 1907.

²⁹ StAM, LRA FFB 15893 (Schriftwechsel vom 12. Juni und 18. September 1908).

³⁰ StAM, LRA FFB 15886 (Kassenprüfungen der Sparkasse Fürstenfeldbruck, Bericht über die Untersuchung vom 24. August bis 26. September 1922).

³¹ StAM, LRA FFB 15886 (Kassenprüfungen der Sparkasse Fürstenfeldbruck, Bericht über die Untersuchung vom 24. August bis 26. September 1922).

³² Fürstenfeldbrucker Wochenblatt Nr. 93 und Nr. 96 vom August 1924.

³³ StAM, LRA FFB 15893 (Befragung von Bayerköhler durch Bezirksamtman Hahn vom 12. November 1924).

³⁴ Klaus Wollenberg: Statut und Skandal – Aspekte der Fürstenfeldbrucker Sparkassenentwicklung in den 1920er Jahren. In: Amperland 28 (1992) 410–415.

³⁵ Die Mark Gold war eine fiktive Recheneinheit, die der Goldparität der deutschen Währung vor 1914 entsprach. Die 1924 eingeführte Reichsmark fußte auf der Goldmark.

³⁶ StAM, LRA FFB (Niederschrift der Befragung von Bürgermeister Plonner durch Bezirksamtman Hahn am 20. März 1925).

³⁷ Bayerische Gemeindebank (wie Anm. 4), S. 31.

³⁸ StAM, LRA FFB 15893 (Ergebnis der Verhandlungen zwischen der gemeindlichen Sparkasse und der Bayerischen Gemeindebank – Girozentrale – vom 18. und 22. Januar 1926).

³⁹ StAM, LRA FFB 15884 (diverse Schreiben der Sparkasse an das Bezirksamt Fürstenfeldbruck des Jahres 1925).

⁴⁰ BayHStA, Bestand MWi 4538.

⁴¹ Bayerischer Staatsanzeiger vom 25. Oktober 1926 über die Anlegung von Gemeinde- und Stiftungsgeldern bei öffentlichen Sparkassen.

- ⁴² StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1927).
⁴³ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1929).
⁴⁴ StAM, LRA FFB 15890 (Errichtung der Nebenstelle Olching 1929–1934).
⁴⁵ Konrad Bauer/Tobias Weger/Fritz Scherer: Geschichte der Gemeinde Olching. Dachau 1994, S. 98f.
⁴⁶ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, handgeschriebene Stadtchronik von G. Kraus, S. 293.
⁴⁷ Klaus Wollenberg: Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1918–1992). In: Busley/Drexler/Hoffmann/Salzmann/Wollenberg (wie Anm. 26), S. 234 f.
⁴⁸ Hruschka (wie Anm. 14), S. 188, Fußnote 60 zitiert Helmut Schlierbach: Das Sparkassenrecht in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin West. Stuttgart 1985, S. 38.
⁴⁹ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1931).
⁵⁰ StAM, LRA FFB 15886 (Revisionsbericht vom 7. Januar bis 2. Februar 1931).
⁵¹ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1934).
⁵² StAM, LRA FFB 15886 (Revisionsbericht 8. mit 22. Oktober 1934 durch den Bayerischen Prüfungsverband öffentlicher Kassen bei der Bezirks- und Gemeindeparkasse Fürstenfeldbruck – Körperschaft des öffentlichen Rechts).
⁵³ Bernd Sprenger: Das Geld der Deutschen. Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart. Paderborn u. a. 1991, S. 235.

- ⁵⁴ StAM, LRA FFB 15891 (Schreiben der Regierung von Oberbayern an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates vom 23. Januar 1945).
⁵⁵ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1935) sowie Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Verwaltungsakt Sparkasse (1900–1940) – Akt ohne Signatur.
⁵⁶ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1937).
⁵⁷ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1938).
⁵⁸ Zum Gesamtkomplex der Sparkassenwerbung und Kriegsfinanzierung im Dritten Reich vgl. Ralf Förster: Sparkassenwerbefilme im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1999.
⁵⁹ Sprenger (wie Anm. 53), S. 237.
⁶⁰ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1940) sowie Bayerische Gemeindebank (wie Anm. 4), S. 54.
⁶¹ Bayerische Gemeindebank (wie Anm. 4), S. 37.
⁶² StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1939).
⁶³ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1941).
⁶⁴ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1944).
⁶⁵ StAM, LRA FFB 15892 (Geschäftsbericht für das Jahr 1945).

Anschrift des Verfassers:
 Prof. Dr. Klaus Wollenberg, Flurstraße 11, 82256 Fürstenfeldbruck
 E-Mail: wollenberg@hm.edu

Soldatenmord in Massenhausen 1800

Ein Beitrag zur Geschichte der so genannten »Franzosenzeit«

Von Helmut Modlmayr

Nach langer Friedenszeit verhielt sich der Ausbruch der Französischen Revolution 1789 nichts Gutes.¹ Nach vorausgehenden Spannungen erklärte Frankreich 1792 Österreich und Preußen den Krieg. 1793 trat das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, und damit auch das Kurfürstentum Bayern, in die Auseinandersetzung ein. Aufgrund seiner geografischen Lage vor Österreich, dem Hauptgegner Frankreichs, wurde Kurbayern 1796, 1800 und 1805 Kriegsschauplatz. Der Frieden von Campoformio beendete am 17. Oktober 1797 den Ersten Koalitionskrieg.

Zweiter Koalitionskrieg

Bayern trat 1798 erneut auf die Seite des Kaisers und Österreichs in den Zweiten Koalitionskrieg ein. Österreich, Russland, Großbritannien, Neapel, Portugal und das Osmanische Reich versuchten erneut, das republikanische Frankreich niederzuringen. Im Juni 1800 rückten Franzosen unter General Jean Victor Moreau (1763–1813) ins westliche Oberbayern ein, um am 29. Juni München zu besetzen. Zwei Schlachten entschieden in diesem Jahr den Krieg: Am 14. Juni im italienischen Marengo und am 3. Dezember bei Hohenlinden in der Nähe von Ebersberg siegte Napoleon Bonaparte, Erster Konsul der Französischen Republik, über die Koalitionsmächte, darunter auch die bayerische Armee.² Wie schon 1796 war Bayern erneut Kriegsschauplatz gewesen, vergeblich hatten die Vertreter der Stände den neuen Kurfürsten und späteren ersten König Max IV. Joseph zu einem Bündniswechsel zu bewegen versucht. Aufgrund des Friedens von Lunéville vom 9. Februar 1801 verlor dann das Haus Bayern an Frankreich die gesamte linksrheinische Pfalz und weitere Besitzungen im Umfang von 200 Quadratmeilen mit 730 000 Einwohnern.

In diesen Junitagen 1800 ereignete sich ein spektakulärer, wenn auch nicht singulärer Vorfall in der Fürstbischöflich-Freisingischen Hofmark Massenhausen, die aber staatsrechtlich gesehen im Kurfürstentum Bayern lag.

Tod eines Chasseurs

Es war am 18. Juni 1800, als zwei Mühlknechte in Massen-

hausen einen französischen Chasseur erschlugen, der von ihnen Geld gefordert hatte.³ Es handelte sich um einen Chasseur à cheval, einen so genannten Jäger⁴ zu Pferd. Der Mord geschah im heutigen »Gewerbegebiet an der Moosach«. Dort befand sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Mühle (Haus Nr. 1). Ihre Tat konnten die Burschen nicht vertuschen. Die blutigen Spuren führten bis ins Freie. Sie hatten nur noch so viel Zeit, den erschlagenen Mann aus der Mühle zu tragen, ihm einen großen Stein an die Füße zu hängen und unter das Mühlrad ins Wasser zu werfen.

Als der Soldat, der im Dorfe Achering sein Quartier hatte, beim abendlichen Appell fehlte, einer seiner Kameraden aber wusste, dass derselbe in die Mühle hinein, aber nicht mehr heraus gekommen war, wurde die Mühle umgehend aufgesucht. Dabei fand man die blutigen Spuren, sowohl an den Säcken als auch auf dem Boden bis zur Türe. Da wegen der Dunkelheit ein weiteres Nachforschen nicht mehr möglich war, wurde die Mühle bis zum Morgen von acht Soldaten umstellt. Von den entlaufenen Burschen konnte einer verhaftet werden. Der zur Tatzeit abwesende Müller Gregor Distl musste ebenfalls fliehen.

Am anderen Tag wurde der Chasseur im Wasser gefunden und herausgezogen. Man hatte ihn mit einer Spitzhacke von rückwärts zu Fall gebracht und dann so lange auf ihn eingeschlagen, bis er tot war. Dem beim Gerichtsschreiber zu Massenhausen (Haus Nr. 25) im Quartier gelegenen französischen Kommandanten wurde hierüber Rapport abgestattet. Der Offizier eilte zum Tatort. Äußerst aufgebracht über die grausame Ermordung drohte er die Mühle, ja die Ortschaft anzünden zu lassen. Er begab sich mit dem verhafteten Mühlknecht nach Freising.

Gerichtsschreiber Maximilian Sondermayr

In welche Furcht das gesamte Dorf durch die drohende Gefahr versetzt wurde, lässt sich leicht nachvollziehen. Alle Massenhausener flüchteten mit ihren Habseligkeiten in den nahe gelegenen Wald. Es wurde auf sie geschossen. Auch der Gerichtsschreiber Maximilian Sondermayr brachte seine wertvollen Gegenstände anderwärts in Sicherheit, in der